

EU erhöht Druck auf Griechenland und die Banken

Durchschnittszins unter 4 Prozent gefordert / IWF warnt vor ungeordnetem Staatsbankrott

wmu./pwe. BRÜSSEL/WASHINGTON, 24. Januar. Die griechische Schuldenkrise hat sich wieder zugespitzt. Die Euro-Staaten haben im Streit über einen Schuldenschnitt weitere Zugeständnisse von den Banken gefordert. Zugleich machten sie auf ihrem Treffen in der Nacht zum Dienstag in Brüssel deutlich, dass Athen keine Aussicht auf Hilfe und ein zweites Kreditprogramm hat, wenn es seine Spar- und Reformbereitschaft nicht deutlich erhöht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schloss einen ungeordneten Konkurs nicht mehr aus. „Wir müssen sicherstellen, dass die Ansteckung auf andere Länder begrenzt bleibt, wenn Griechenland oder ein anderes Land in ungeordneter Weise seine Schulden nicht mehr bedient“, sagte IWF-Chefvolkswirt Olivier Blanchard in Washington.

Die Eurogruppe formulierte erstmals ihre Bedingungen für die Beteiligung der privaten Gläubiger am Schuldenschnitt. Ihr Chef, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker, sagte nach dem Treffen der Euro-Finanzminister, der Durchschnittszins für die dreißigjährigen Papiere, welche die privaten Gläubiger im Tausch für die bisher gehaltenen Anleihen

erhalten, müsse deutlich unter 4 Prozent liegen. Die Zinsen sollen über die Laufzeit gestaffelt sein. In der ersten Phase bis 2020 müsse der Zinssatz unter 3,5 Prozent liegen. Nur so lasse sich die griechische Schuldentragfähigkeit sicherstellen. Als Bedingung für die Schuldentragfähigkeit gilt, dass die Staatsschuld von derzeit etwa 170 auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sinkt. Der IWF erwartet, dass die schlechteren Wachstumsaussichten im Euroraum den griechischen Schuldenstand „in begrenztem Maße“ steigen lassen werde.

Die griechische Regierung verhandelt seit Wochen mit dem internationalen Bankenverband IIF über den Schuldenschnitt. Der im Oktober im Grundsatz vereinbarte Forderungsverzicht der Privatgläubiger ist die Voraussetzung für ein zweites Hilfspaket für Athen von insgesamt 130 Milliarden Euro. Die Banken lehnen die von Juncker formulierten Bedingungen bislang ab. Der Geschäftsführer des IIF, Charles Dallara, verwies am Dienstag in Zürich auf die Beschlüsse vom Oktober. Demnach sollen private Gläubiger auf 50 Prozent des Nennwertes ausstehender Anleihen verzichten. Sie erhalten dafür neue

Anleihen mit 30 Jahren Laufzeit. Mit einem Zinssatz von durchschnittlich 4 Prozent liefe der Forderungsverzicht der privaten Gläubiger auf 65 bis 70 Prozent hinaus. Mit der Forderung der Eurogruppe wird deutlich, dass der Verzicht höher ausfallen muss. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigte sich am Dienstag in Brüssel von den Drohungen der Banken unberührt. Er lasse sich nicht von „letzten Angeboten“ beeindrucken. Solche Drohungen seien „auf jedem Basar“ zu hören. Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos sagte nach dem Treffen, er habe von seinen Kollegen „grünes Licht“ erhalten, die Gespräche in den kommenden Tagen abzuschließen.

Die Vertreter der Eurogruppe machten deutlich, dass Griechenland sein Spar- und Reformprogramm verschärfen muss, um die Bedingungen für ein zweites Hilfspaket zu erfüllen. „Es ist offensichtlich, dass das griechische Programm aus der Spur geraten ist“, sagte Juncker. Es müssten Fortschritte erkennbar sein, ehe ein neues Hilfsprogramm vereinbart werden könne. Details nannte Juncker nicht. Schäuble sagte, ohne weitere Sparschritte werde es kein neues Programm geben.